

# Bäume müssen Behörde weichen

Weil der Freistaat am Franz-Josef-Strauß-Ring einen Verwaltungstrakt für das Innenministerium bauen will, soll ein Grünzug ausgeholzt werden. Anwohner, Umweltschützer und Stadt wehren sich gegen die Pläne

VON MICHAEL RISEL

**Lehel** – Der Anblick irritiert: Gerade eben noch ist der Mann im schwarzen Anzug die klapprige Holzleiter hinaufgestiegen und hat auf der obersten Sprosse einen kurzen Moment innegehalten, bevor er seinen schmalen Körper vorsichtig durch eine kleine runde Öffnung in der Decke gezwängt hat. Jetzt steht er etwas schwankend hier oben auf dem Hausdach, in ungefähr 20 Meter Höhe. In seinem Rücken hebt sich vor dem feuerroten Abendhimmel die Kuppel der Bayerischen Staatskanzlei ab, stolz und mächtig.

Doch nicht wegen des architektonischen Panoramas hat sich der 69-jährige Rechtsanwalt Wilko Meinhold zu dieser waghalsigen Kletterpartie hinreißen lassen. Der Grund wächst direkt unter ihm aus dem Boden: eine stattliche Platane, die an den Hinterhof seines Hauses in der Seitzstraße grenzt und deren ausladende Krone über die Dächer der Nachbarhäuser hinausragt. „Ein wunderschöner Baum, voll in Saft und Kraft“, sagt Meinhold. Doch bald soll der Baum verschwinden.

An der Stelle, an der jetzt die Platane steht, will das Staatliche Bauamt im Auftrag des Freistaats bis Ende 2014 ein neues

Gebäude errichten. Gegenüber dem Sitz der Obersten Baubehörde (OBB) am Franz-Josef-Strauß-Ring soll auf sechs Stockwerken Platz für etwa 110 Mitarbeiter der allgemeinen Verwaltung des Innenministeriums geschaffen werden. Der neue Büro-Komplex im Passivhausstil soll U-förmig an die beiden Wohnhäuser in der Seitzstraße und der Pilotystraße angeschlossen werden. Der momentan bestehende Parkplatz vor der OBB muss dafür weichen, 17 der insgesamt 33 Bäume, die auf dem Baugrundstück stehen, sollen gefällt werden – zum Ärger der Anwohner.

**„Wir appellieren an den Freistaat, dem Naturschutz den Vorrang zu geben.“**

Diese fordern jetzt in einer Petition den Erhalt von mindestens fünf Bäumen, die an der Grenze zu ihrem Grundstück stehen. Ihr Einwand: Die Bäume würden eine „wertvolle Begrünung und einen beiderseitigen Sichtschutz“ zu dem neuen Verwaltungsgebäude bilden. Andernfalls würde man den Beamten hinter der Fensterfront auf kurze Distanz gegenüber sitzen. „Wir appellieren an den Freistaat Bayern, dem

Naturschutz den Vorrang zu geben“, fordert Wilko Meinhold. Vor allem die Platane mit ihrem dichten Blattwerk liege den Anwohnern am Herzen.

Kritik gibt es auch von anderer Seite. Beim Bund Naturschutz hat man das Bauvorhaben von Anfang an abgelehnt – aus ökologischen Gründen. Das Gebiet weise schon jetzt eine „hohe lufthygienische und thermische Belastung“ auf, schrieb der Bund Naturschutz im Jahr 2011 in einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bebauungsplans. Je mehr Bäume abgeholzt würden, desto schlechter. Ähnlich negativ fiel die Einschätzung der Stadt München aus. Die zuständige Untere Naturschutzbehörde bemängelte vor allem, dass der vorgeschlagene Ersatz für die gefälltten Bäume in Form von Neupflanzungen „bei Weitem nicht ausreichend“ sei und forderte deshalb vom Staatlichen Bauamt, die Pläne zu überarbeiten.

Dort zeigt man sich prinzipiell Gesprächsbereit und hat auch schon eingelenkt: Zwei der fünf Bäume an der Grundstücksgrenze, ein Ahorn und eine Eibe, dürfen stehen bleiben. Man wolle den „nachbarschaftlichen Frieden“ nicht gefährden, sagt Albrecht Grundmann, Leiter des Bereichs Hochbau. Beim Erhalt der großen

Platane allerdings dürfte ein Entgegenkommen schwieriger werden.

Denn die geplanten Baumaßnahmen finden nicht nur ober-, sondern auch unterirdisch statt. Die jetzt schon bestehende Tiefgarage des OBB soll erweitert werden, um Ersatz zu schaffen für die wegfallenden Stellplätze auf dem Parkplatz. Laut dem aktuellen Entwurf zum neuen Bebauungsplan aber heißt das: Aufgrund der Unterkellerung wird der Platane mit ihrem riesigen Wurzelwerk der Boden abgegraben.

Doch auch für dieses Problem haben Wilko Meinhold und die anderen Anwohner bereits einen Rettungsplan parat: Um den Schaden für die Wurzeln des Baums zu verringern, könnte man sie vorsichtig zurückschneiden und mit einem sogenannten Wurzelschutzvorhang umgeben. Sollte das nicht ausreichen, gäbe es aus ihrer Sicht nur eine Lösung: Das Innenministerium müsste auf mindestens vier der geplanten Stellplätze in der Tiefgarage verzichten. Für Albrecht Grundmann eine eher unrealistische Variante, denn für die Stellplätze gebe es einen „dringenden Bedarf“. Dennoch signalisiert er auch in diesem Punkt grundsätzlich Gesprächsbereitschaft: „Wir werden das jetzt prüfen und mit unserem Landschaftsarchitekten besprechen.“